

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Überausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Fernsprecher: Bonn 1970, 1971 und 1972. Amtsnachricht 2021. Redaktionssekretariat: Dönhoff 3593.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die stilleschaltene Konparellstelle oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Unterstener. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Unterstener. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# FREIHEIT

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Deutsch-belgische Verständigung in Aussicht

Die Note der Reparationskommission hatte den endgültigen Ausschub der Barleistungen Deutschlands von einer Verständigung zwischen Belgien und Deutschland abhängig gemacht. Belgien hat auf die nächsten Zahlungen Deutschlands das Vorrrecht der Alliierten. Da Belgien aber gleichzeitig der Hauptvermittler zu einer Verständigung zwischen der unnachgiebigen Politik Frankreichs und der mehr wirtschaftlich als machtpolitisch gerichteten Haltung der übrigen Alliierten war, durfte auch von vornherein angenommen werden, daß es zu einer Verständigung über die Einzelheiten in der Sicherung der deutschen Schatzwechsel komme. Es war davon die Rede, daß Deutschland 270 Millionen Mark in Gold nach einem Lande der Alliierten als Pfand abführen solle. Eine solche Forderung stößt naturgemäß auf mancherlei Schwierigkeiten. Der Goldschatz den deutschen Reichsbank ist auf etwa eine Milliarde Goldmark zusammenschrunft. Auch hiervon noch einen großen Teil als tote Ausgabe ins Ausland zu geben, schwächt die Möglichkeiten der Marktstabilisierung aufs neue. Ueberdies hat die Regierung heute keine gesetzliche Handhabe mehr, die Reichsbank zu solcher toten und tödenden Goldausgabe zu zwingen. Die Alliierten selbst waren es, die durch die Autonomieerklärung der Reichsbank der Regierung das Recht der Einwirkung auf das Finanzgebaren gegenüber der Reichsbank schmälerte. Das Reichsbankdirektorium selbst wird aber wenig Neigung verspüren, die Goldreserven weiter zu entlösen. Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß sich eine Verständigung über den Modus der Schatzwechselsicherung anzubahnen scheint. Wir erhalten darüber folgende Meldung:

(EP.) London, 4. September. Der Korrespondent der „Times“ in Paris will aus besserer Quelle wissen, daß die Frage der Garantien, die Deutschland Belgien dem Beschluß der Reparationskommission gemäß zu leisten haben wird, in kürzester Frist zur Zufriedenheit von Brüssel und Berlin gelöst sein werde. Diese Zufriedenheit ist dem Korrespondenten von Brabury gegeben worden. Die Frage sei schon bei der Anwesenheit der Mission Brabury in Berlin besprochen und von Brabury sozusagen sichergestellt worden.

Die „Daily Mail“ bestätigt diese Meldung und erklärt, daß die genannte Lösung schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werde. Sie vermeide aber Goldverschöbungen und begnüge sich mit Devisenverschöbungen zwischen England, Deutschland und Belgien. Die Lösung sei so berechnet, daß ein weiteres Sinken der Mark vermieden werde.

### Poincaré fordert Annullierung

(EP.) London, 4. September. Nach einer Mitteilung der „Daily Mail“ wird Poincaré eine Note über die Frage der Kriegsschulden an Amerika senden. Er wird dabei vor allem auf sein Reparationsprogramm hinweisen, das eine Verabfolgung der Reparationschulden durch die gleichzeitige Annullierung der Kriegsschulden vorsehe und unter dem Namen „Programm Poincaré“ in der Presse bereits bekannt geworden ist.

### Baldige Sitzung des Obersten Rates

(EP.) London, 3. September. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt, in englischen Kreisen der Regierung ist man für eine baldige Enderklärung des Obersten Rates zur Besprechung der Reparationsfrage, da die meisten Sachverständigen aber in Genf sind, wird der Oberste Rat erst nach Schluß der Völkerbundversammlung zusammenzutreten können.

### Ende des amerikanischen Kohlenarbeiterstreiks

(EE.) New York, 4. September. Der Streik der Kohlenarbeiter ist durch die Vermittlung der Senatoren Pepper und Reed beendet worden. Die Arbeit wird zu den alten Lohnbedingungen wieder aufgenommen. Ein Abkommen wurde geschlossen, das bis zum 31. August 1923 Geltung haben soll.

### Deutsche Waffen für Irland

(EE.) London, 4. September. Aus Dublin wird gemeldet: Am Freitag nachmittag beschlagnahmte der englische Zerstörer „Doon“ im Hafen von Cork einen aus Hamburg eingetroffenen Dampfer, der Waffen und Munition in großen Mengen enthielt, die er den irischen Aufständischen zuführen wollte.

worden ist, kann auf Grund der vorliegenden Akten und Neuenaussagen nicht bestritten werden.

Daraus ist ersichtlich, daß solche Friedensmöglichkeiten bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden waren und daß damals, wie auch späterhin, die deutsche Regierung eine blühende Erklärung über die Freigabe Belgiens abgelehnt hat. Deutschland wollte eben, das ging aus den wiederholten Erklärungen Bethmann-Hollwegs und anderer stets hervor, auf die wirtschaftliche, politische und militärische Beherrschung Belgiens nicht verzichten. Daran scheiterte nicht nur die päpstliche Friedensaktion, sondern auch alle früheren und späteren Versuche. Erst als der Zusammenbruch vor der Tür stand, änderten sich die Auffassungen.

### Tagung des Völkerbundes

Heute wurde die dritte Tagung der Völkerbundversammlung eröffnet. Ihr Erscheinen haben 30 Staaten zugesagt. Die Dauer der Tagung ist auf drei bis vier Wochen berechnet. Die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund dürfte kaum berührt werden. Die Frage der Aufnahme Ungarns und das Problem der österreichischen Krise werden voraussichtlich zu ardenseren außenpolitischen Auseinandersetzungen führen.

### Der Sieg der Türken

Paris, 3. September. Die diplomatische Mission der Regierung von Angora in Paris veröffentlicht folgende Mitteilung aus Angora, den 31. August: Die große Schlacht, die am 26. August in dem Abschnitt Asium-Karahissar begonnen hat, dauerte fünf Tage ohne Unterbrechung und endete mit einer vollständigen Niederlage des Haupttrupps der feindlichen Armee. Unter dem Druck unseres Vormarsches hat sich die griechische Armee in zwei Teile getrennt. Die Divisionen, welche die nördliche Gruppe bildeten, wurden vollständig vernichtet; ihre Trümmer sind in den benachbarten Bergen und Wäldern zerstreut. Die im Süden verbliebene Truppe hat in dem Abschnitt von Dumiganar schwere Mißerfolge erlitten und setzte ihren Rückzug in der Richtung auf Ushak fort. Der Feind ließ in unseren Händen eine große Menge Material und Munition, deren Umfang noch nicht festgestellt werden konnte.

### Die Abstimmung in Oberschlesien

#### Die Kostrennung von Preußen abgelehnt

Gestern hat die obereschlesische Bevölkerung abermals über ihre staatliche Zugehörigkeit entschieden. Diesmal handelte es sich um die Frage, ob der beim Reich verbliebene Teil von Oberschlesien von Preußen losgelöst, eine selbständige staatliche Verwaltung erhalten oder bei Preußen verbleiben sollte. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, es von Preußen zu trennen und zeitweise nicht an Befürchtungen, daß es ohne weitgehende Zugeständnisse in bezug auf selbständige staatliche Verwaltung sich sogar vom Reich abwenden könnte. Auch machten sich allenthalben Treibereien bemerkbar, durch Forzierung der Loslösungsbestrebungen, einen Druck auf Reichs- und Staatsregierung auszuüben, dem durch die lange Zeit gefahrvoller Vandalenpolitik geschürten Nationalismus Zugeständnisse zu ertrogen.

Die preussische Regierung sah sich daher veranlaßt, den Stimmungszustand der obereschlesischen Bevölkerung nach weitgehender Autonomie durch Einbringung eines besonderen Gesetzes entgegenzukommen. Am 11. Juli d. J. wurde dieses Gesetz vom preussischen Landtag verabschiedet. Danach bekommt das obereschlesische Wirtschaftsgebiet eine eigene Provinzialverfassung, bleibt im übrigen aber ein Glied des preussischen Staates. Demzufolge lauteten die bei der gestrigen Abstimmung zu beantwortenden Fragen: für Preußen oder staatliche Selbständigkeit? Die Abstimmung hat für ein Verbleiben bei Preußen entschieden. Die Wahl selbst verlief ohne wesentliche Zwischenfälle. In Sonthofen wurden einige Abstimmende nicht zur Abstimmung zugelassen. Sie bemängelten sich darauf der Liste und zerrißen sie. Die Abstimmung konnte daher in diesem Lokal nicht ausgeführt werden. Sonst verlief alles ruhig.

Die Beteiligung war gut. Zwar liegen noch nicht alle Resultate vor, es steht jedoch bereits ziemlich fest, daß mehr als achtzig Prozent der Abstimmungsberechtigten von ihrem Rechte Gebrauch machten. In einzelnen Orten fand sich auch „der letzte Mann“ bei der Abstimmung ein. So beteiligten sich in Rosenberg 98 Prozent, in Gutentag und Restkreis Lublinitz 92 Prozent, in Falkenberg und Kreuzburg 95 Prozent, in Reiche und Leobschütz 90 Prozent, in Grottkau 88 Prozent. Die starke Beteiligung macht das durch die Abstimmung zutage geförderte Urteil um so beweiskräftiger für den Willen der Bevölkerung, bei Preußen zu verbleiben, als auch die Mehrheiten fast überall sehr beträchtliche sind. Von den Abstimmungsergebnissen liegen folgende Einzelmeldungen vor:

In den Landkreisen wurden abgegeben:

	für Preußen:	für Autonomie:	in Prozent
Beuthen . . . . .	19 361	4 910	71
Zarnowitz . . . . .	6 895	4 324	61
Kösl . . . . .	30 347	2 481	55
Falkenberg . . . . .	17 754	304	82
(vier Kreise stehen noch aus.)			
Leobschütz . . . . .	26 103	4 980	58
Grottkau . . . . .	18 854	194	84
(zwei Kreise stehen noch aus.)			
Göndelitz . . . . .	43 479	8 904	85
(ein Kreis steht noch aus.)			
Reichenhagen . . . . .	25 526	366	96
Leobschütz . . . . .	41 814	282	92
(ein Kreis steht noch aus.)			
Gutentag . . . . .	5 083	488	72
Reiche . . . . .	31 394	134	69
(drei Kreise stehen noch aus.)			
Neustadt . . . . .	45 475	1 150	85
Doppel . . . . .	38 598	7 161	61
(ein Kreis steht noch aus.)			
Ratibor . . . . .	21 887	1 063	69
Rabnit . . . . .	2 577	508	69
Hofenberg . . . . .	17 066	1 826	75
Gros-Strebitz . . . . .	28 957	4 689	76

in den Stadtkreisen:

	für Preußen:	für Autonomie:	in Prozent
Beuthen . . . . .	21 836	1 063	61
Leobschütz . . . . .	29 281	2 129	70
Reiche . . . . .	14 312	145	86
Doppel . . . . .	15 858	945	81
Ratibor . . . . .	16 270	974	78

Insgesamt waren abstimmungsberähigt 765 322 Personen; von ihnen stimmten 513 760 für Preußen und 50 528 für die Autonomie, das ist eine Gesamtbeteiligung von 79,8 Prozent.

Das Ergebnis der Abstimmung steht also fest. Es wird allgemein begrüßt werden. Nicht etwa, weil die

### Friedensmöglichkeiten 1917

Daß im Verlauf des Weltkrieges wiederholt Friedensmöglichkeiten bestanden, daß aber gerade unsere deutschen Anexionisten alle diese Möglichkeiten zu hinterlassen wählten, ist eine nicht zu bestreitende Tatsache. Rechneten sie doch mit dem deutschen Siege und einer Machtsteigerung des deutschen Imperialismus. Auch der Papst hatte im Jahre 1917 im Einverständnis mit England eine Friedensaktion unternommen, die indessen durch das Verhalten Deutschlands ergebnislos blieb. Hierüber hatte Erzberger in der Nationalversammlung im Juli 1919 öffentlich heftige Klage geführt. Infolgedessen befaßte sich der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dem die Prüfung der Friedensmöglichkeiten obliegt, mit der Angelegenheit. Nach Vernehmung einer Reihe damaliger Staatssekretäre, wie Helfferich und Zimmermann, des Reichskanzlers a. D. Michaelis und anderer, kam der Ausschuß zu folgendem Ergebnis:

1. Ein Friedensangebot Englands im Sommer 1917 nicht vor.
2. Ebensovienka kann in Anbetracht der vielfachen Schwierigkeiten und der immerhin fränklichen Verhandlungsbereitschaft auf feindlicher Seite von einer starken Friedenswahrscheinlichkeit gesprochen werden.
3. Eine ernste, von Seiten der deutschen Regierung akzeptable zu prüfende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden.
4. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben die an sich nicht sehr starke Friedensgeneigtheit der Weltmächte nicht erhöht.
5. Die deutsche Regierung hat in der formellen Verhandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen.
6. Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf die päpstliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gesamte Kriessituation als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten.
7. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Veräberung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt

Unter sehr starker Beteiligung begann heute Vormittag in den Stadtparkhallen der Kassa... Die wachsende Bedeutung der Interessen der Mieter...

Nach den Eröffnungsworten des 1. Bundesvorsitzenden Herrmann nahm Ministerialrat Dr. Brandt als Vertreter des Reichsjustizministeriums... die mit erfreulicher Deutlichkeit das mangelnde soziale Verständnis...

Reichstagsabgeordneter Silbermann sprach im Namen der sozialdemokratischen Partei und der Fraktion des DGB und des KfV... Die Mieterbewegung sei eine Volksbewegung mit tiefverwurzelten, sittlichen Schalen...

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Herrmann. In großen Zügen behandelte er die Förderung der Wohnkultur... die Wohnungsabgabe, des Reichsmietengesetzes und forderte zum Schluß anlässlich der sich aufdringenden Widerstände...

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat gegen das Verbot ihres Erscheinens durch Rechtsanwalt Dr. Aren beim Staatsgerichtshof in Leipzig Einspruch erhoben.

Vom Zeitungshändler. Die „Hannoversche Landeszeitung“, ehemals „Deutsche Postzeitung“, hat nach 56 Jahren ihres Bestehens von heute ab ihr Erscheinen als Tagesblatt eingestellt...

Häftlingsklagen im Falle Rathenau. Nach einer Meldung der „Dona“ ist Fritz Rickenmeier aus Freiberg, der Bruder des Besitzers des Mordautos, sowie der Kapitänleutnant Alfred Hoffmann und der Leutnant Heinz Auker Verfolgung gesucht und aus der Haft entlassen worden.

Lebensmittel für Oberschlesien. Die polnische Regierung hat auf Grund des Berichtes des Ministers Straßburger über den Stand der Ernährungsfrage in der Wojwodschaft Schlesien sofort 50 Waggons Getreide nach Polnisch-Oberschlesien abgefordert.

Schwindende Minderheit in der Innen, seit langer Zeit in seiner Dresdener Arbeiterversammlung mehr gezeichneten Massenbesuch aufweisenden Versammlung aus. Ja, es war unverkennbar, daß die Ausführungen des Genossen Rosenfeld in ihrer Sachlichkeit auch auf die anwesenden Kommunisten einen tiefen Eindruck machten.

Auch in Parchim (Mecklenburg) sprengten am Mittwoch kommunistische Strohtrupps eine öffentliche Volksversammlung. Genosse Meier-Berlin sprach dort über „Sozialismus und Kommunalwahlen“.

Das Waldfest der SPJ.

Zu einem Waldfest-Kampf und -Spiel hatte die Sozialistische Proletarier-Jugend am Sonntag nach Sadowa eingeladen. Leider war am Morgen der Himmel grau und trübe. Für unsere Jugend ja nun durchaus kein Hindernis, und wenig beachtet.

Genosse Stein sprach nun in äußerst wirkungsvollen Worten zur Jugend. Ihr seid unsere Hoffnung! Wir freuen uns, wenn ihr an den Sonntagen hinauszieht, um draußen in der Natur Erholung von schwerer Verlagsfron in Fabrik und Werkstatt zu suchen.

Es würde nun zu weit führen, wenn ich alle Darbietungen einzeln anführen wollte. Ich will nur noch erwähnen, daß der Sprechchor „Die Weber“ wirkungsvoll sprach. Gut aufgenommen wurden auch die Lieder des Kinderchors; und zuletzt fanden die Reigen tänze viel Beifall.

Alles in allem: Es waren ein paar schöne Stunden, die die Jugend hier mit ihren Freunden und den Eltern verlebte. Wir alle, die wir Gelegenheit hatten, an der gefaltvollen Feier teilzunehmen, wollen nun darangehen, das Ergebnis in die Tat umzusetzen.

preussische Verwaltung ein Muster an Verwaltungstechnik darstellt, sondern weil dadurch eine weitreichende und kostspielige Neuorganisation, die ohne neue Reibungen und Störungen schwer durchzuführen ist, erpart wird. Sie ist in der gegenwärtigen Zeit der staatlichen Särungen und Konsolidierungen um so gewichtiger zu werten, als sich in Bayern und anderswo immer noch starke Strömungen zeigen, denen die Wahrung der „Eigenart“ über die Einheitlichkeit des Reichs hinausgeht.

Auch dem deutschen Proletariat ist mit dem Entschluß der Abstimmung ein Machtenfall erspart geblieben. Nach wie vor werden die Proletarier Oberschlesiens Schulter an Schulter mit dem Proletariat des übrigen Deutschland den Kampf gegen Kapitalismus und für den Sozialismus weiter kämpfen, so daß auch vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes das Abstimmungsergebnis nur begrüßt werden kann.

Ungarn stellt sich dumm

Gegen den Schutz, den die Wärdler Erzberger und die Gelinde der deutschen Republik in Ungarn genießen, hat die deutsche Regierung in Budapest protestiert. Die ungarische Regierung hat auf diese Note noch nicht geantwortet.

Die ungarische Regierung, deren eifrigstes Bestreben dahin geht, beste Beziehungen zu allen europäischen Staaten zu unterhalten, und die wiederholt bewiesen hat, daß sie der deutschen Regierung gegenüber loyal und entgegenkommend ist, hat von derartigen Umtrieben in Ungarn keine Kenntnis und würde solche auch nicht dulden.

Die Arbeiterschaft gegen die Sowjetjustiz

Die Kommunisten versuchen, die ihnen teilweise in Berliner Versammlungen gelungene Störung und Verhinderung von Kundgebungen des deutschen Proletariats gegen die Sowjetjustiz auch im übrigen Reich nachzuahmen. So hatten sie zu einer am vergangenen Donnerstag in Dresden von unserer Partei veranstalteten Versammlung alle ihre Monnen aufgeboten und nach der Berliner „Roten Fahne“ zu urteilen, wäre ihnen die Beherrschung der Versammlung auch geglückt.

Der Dollarmeter

Am Dollar hängt das Leben hängt dem alles — das, wie wir können.

Ja, es muß funktionieren. Noch einmal alles gut durchgedacht und dann sofort aufs Patentamt. Millionen wird es abwerfen. Aber halt — man darf mit seinem Reichtum nicht allzu sehr prahlen, sonst wird man, vor allem als Reicher, gehörig genepft.

Noch einmal sah ich die Skizze einwachend durch. „Dollarmeter“, so wollte ich meine epochemachende Erfindung taufen: Eine automatische Preisstapel für Kaufleute aller Bränden. Ungefährliche Millionen sollte sie mir einbringen, und wenn, ich nur den zehnten Teil heute —

Ja, also, der Apparat kann in jedem Laden ganz unauffällig angebracht werden. Drahtanschlüsse läuft nach der Börse, ebenso unauffällig mit den Telefondrähten hinaus. Nein, diese Freude: An der Börse steigt der Dollar. Wunder der Elektrizität! Schon acht der Zeiger an der Skala des Apparates im Laden des Herrn Kaufmann Rabelein entsprechend in die Höhe. Blitzschnell werden durch einen damit kombinierten Transporteur die Preise umgerechnet und erscheinen auf den kleinen Preisstapeln im Schaufenster und im Laden. Die Zeitungen, die erst am nächsten Tage den neuen Dollarkurs bekanntgeben, sind überholt. Ihr Name? Es kommt noch schöner!

Im Vorkühlschrank ist eine Sicherheitsbremse eingebaut, für den Fall, daß der Dollar plötzlich fallen sollte. (Es ist zwar eine Magatur der Fahrhülse in verkleinertem Maßstab, doch hoffe ich, daß es niemand merkt.) Auf dies Ding mußte es ankommen. Diese Kombination mußte mir den Absatz und damit Riesengewinne sichern. Ach, ich hatte an alles gedacht. Sollte der Apparat jemals einrosten, er würde immer noch schneller arbeiten, als die vom Reichstag eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen gegen den Markwertchwund.

So schob ich hoffnungsvoll zum Patentamt. Da frustete ich vor einem Sachverständigen. Himmel, dieselben Boiten, die gestern noch mit 1600 Mark ausgezeichnet waren, kosteten heute bereits zweitausend Emmchen.

Und das ohne meinen Dollarmeter mit eingebauter Sicherheitsbremse gegen Kursrückgang. — Schon wieder zu spät.

Archäologische Entdeckungen auf Grönland. Unter Leitung des Archäologen Dr. Paul Hörlund hat jetzt eine dänische wissenschaftliche Expedition nach den Stätten alter nordischer Ansiedlungen in Süd-Grönland fortangetreten. Die Ausgrabungen erfolgten bei der ehemaligen Kirche in Ilkasi, wo im Mittelalter die norwegischen Schiffe ankerten. Die ausgegrabenen Leichen waren in der mittelalterlichen Tracht beigesetzt, da es in diesen hohen Breiten naturgemäß am Holz für die Särge fehlte.

Eine neue Wissenschaft. (Die Anthro-Defekologie.) An der Wiener Universität wurde kürzlich eine Arbeitsgemeinschaft für anthropologische Forschung gegründet, welche beabsichtigt in Wien ein Institut für Anthro-Defekologie zu errichten. Diese Wissenschaft ist die Lehre von der Abhängigkeit des einzelnen Individuums in Bau, physischer und psychischer Hinsicht einerseits, sozialer Verbände und Kulturen andererseits von Art und Charakter der Lebensbedingungen des Entstehungs- und Standortes. Die Anregung zur Gründung ging von Dr. Jul. Spinner und Dr. Ferd. Schemnitz aus, von denen der letztere die Organisation der naturwissenschaftlich-biologischen Gruppe der ersten jene der psychologisch-soziologisch-kulturwissenschaftlichen übernommen hat.

Die Deutsche Hochschule für Politik hat heute ihren Studienplan für das Wintersemester 1932/33 herausgegeben. Der Vorkurs ist früherer (bisher 3) Semestern zeigt, daß die Zahl der Übungen gegenüber den Vorlesungen wächst und der Unterrichtsbetrieb eine Intensivierung erfährt. Der Bericht, dem eine spezialisierte Berufs- und Rationalitätsstatistik der Hörer beizugeben ist, nennt als Besuchsziffer des

Sommers 146; neben den laufenden Vorlesungsbetrieb traten in Berlin und außerhalb einige politische Ausbildungskurse allgemeiner und spezieller Art. Das Dozentenkollegium des Winters setzte wieder eine Mischung von Wissenschaftlern, aktiven Politikern und Männern der staatlichen und wirtschaftlichen Praxis; wir nennen Reichsgerichtspräsident Dr. Simons (Völkerrecht), Reichsminister a. D. Dr. Heinze (Medizin über Staatsrecht), Reichsminister a. D. Dr. Preuß (Verfassung), Staatsminister Dr. Saemisch (Finanzpolitik), die Professoren Bonn (England), Goeschel (Diplomatie), Boentje (Japan), Brinkmann (Staatslehre), Kassel (Sozialpolitik); ferner Vorlesungen von Max Graf Montgelas, Dr. Hiltferding, Dr. Gertrud Bäumer, Dr. von Besendorf, Dr. Höllmer u. s. f. Am Vordergrund stehen wieder Probleme der auswärtigen Politik; daneben bildet einen geschlossenen Kreis ein Seminar zur Ausbildung von Volkshilfsarbeitern. Das Wintersemester wird am 24. Oktober mit einer Jahresfeier eingeleitet. Die Stundenpläne mit Bericht sind im Sekretariat, Berlin W 50, Schinkelplatz 6, gegen Einzahlung von 4.— Mk. (Porto eingeschlossen) zu beziehen.

Tagesnotizen

Das städtische Wandertheater beginnt wieder am 15. September die neue Spielzeit unter der Leitung des Direktors E. Müller, nachdem es von der Gesellschaft für Volksbildung und der Friedrichs-Landesbehörde eine Subvention erhalten hat. Zur Aufführung anberufen worden: „Die lustigen Gassen“, „Ganacs“, „Himmelsstiege“, „Hansmann Fehdel“, „Der Wärdler“, und weiter das Lustspiel von Wenzel „300 Frauen“ und von Müllers „Kain“. Die Vorstellungen werden nach Entschließen des Ausschusses Paul Voths Müller besichtigt. Regie: E. Müller.

Schulbüchse Nordhannover. Nachdem der Wärdlerkreis der Schulbüchse Nordhannover am 15. Oktober mit einem letzten Hauptkongress (1931) abgeschlossen worden ist, eröffnet die Büchse ihr diesjährige Spieljahr am 18. Oktober mit dem Festspiel „Die großen Helden“, im Laufe des Jahres: „Der Herr der Welt“ (Lustspiel) von Carl Heiler, „Die Abenteuer des“ (Tragödie) von Schöber, „Die große Weltreise“ (Lustspiel) von Krenzlin, „Hohenneggen“ (Schauspiel) von Jahn, „Der tolle Mann“ (Schauspiel) von Krenzlin, „Im Zentel“, (Lustspiel) von Hildebrandt, „Gnug und sein Kind“ (Tragödie) von Keller, „Der lange Abschied“ (Lustspiel) von Pelling, „Achtundacht“ (Lustspiel) von Angewill. Die literarische Leitung liegt in Händen ihres bisherigen Stellvertreters Elio Krichner, als Stellvertreter hat bereits eine Reihe erster Berliner Bühnenmänner ihre Mitwirkung zugesagt.

Die neue Spielzeit der Göttinger Bühnen wird mit folgenden Premieren eröffnet: Am Deutschen Theater mit einer Hauptinszenierung von Fritz Lessa „Bitter“ (mit Eugen Klöpfer und Hans Brandt in den beiden Hauptrollen), dann „Die Wärdler“, „Himmel“, und „Der tolle Mann“ von Brandt und zur Herbst-Darstellung „Der tolle Mann“ (mit Grotz und Grotz als Hauptrollen). Die erste Inszenierung der Kammerbühne ist „Der tolle Mann“ (mit Grotz und Grotz als Hauptrollen), „Der tolle Mann“ (mit Grotz und Grotz als Hauptrollen), „Der tolle Mann“ (mit Grotz und Grotz als Hauptrollen).

# Blutige Zusammenstöße in Charlottenburg

## Verhaftung eines Jugendführers / Tote und Verwundete / Ein Polizeiwachtmeister erschossen

Die heutige Morgenpresse, wie die amtlichen Polizeiberichte bringen eingehende Darstellungen über Zusammenstöße, die sich gestern nachmittags in Charlottenburg zwischen der Sicherheitspolizei und der kommunistischen Jugend abspielten. Die kommunistische Jugend feierte gestern nachmittags in geschlossenen Zügen von Pichelsberge, wo eine große Demonstration versammelt war, in die Stadt zurück. In einem ersten Zwischenfall kam es am Bahnhof Bülowen. Der dort wohnende Installateur Pusch, mit einem Kaliber 9 geschmückt, stellte sich auf den Bürgersteig und reiste die Demonstranten durch höhnische Zurufe. Die Demonstranten griffen ihn an und verprügelten ihn. Pusch schützte in sein nobelisches Gewehr und gab auf die ihn verfolgenden Jugendlichen mehrere Schüsse ab. Erst das Eingreifen der Polizei konnte die Ruhe wieder herstellen.

Etwas eine Viertelstunde später erreichte der Zug die Bismarckstraße. Durch seine Ausdehnung sperrte er den gesamten Straßenverkehr. Als ein Straßenbahnführer seinen Wagen zum Weiterfahren anforderte, wurde er, ebenso wie ein Kutscher eines Wagens, von den Demonstranten daran gehindert. Nach den Pressebildungen soll dann der Kommunist Max Köhler, der in der kommunistischen Jugend eine besondere Rolle spielt, vom Straßenbahnwagen aus, eine Ansprache gehalten haben. Die Sicherheitspolizei versuchte, den Zug auf die eine Seite des Straßenbahnweges abzulenken, um für den Verkehr freie Bahn zu schaffen. Infolge dieser Versuche kam es zu einem Handgemachten zwischen den Beamten und den Demonstranten. Max Köhler wurde von den Sicherheitsbeamten verhaftet und auf die Wache geführt. Da die Beamten von der Menge immer mehr bedrängt wurden, zogen sie schließlich blank. Infolge dieser Verhältnisse kam es zu einem Handgemachten zwischen den Beamten und den Demonstranten. Max Köhler wurde von den Sicherheitsbeamten verhaftet und auf die Wache geführt. Da die Beamten von der Menge immer mehr bedrängt wurden, zogen sie schließlich blank. Infolge dieser Verhältnisse kam es zu einem Handgemachten zwischen den Beamten und den Demonstranten.

tot in das Leichenschauhaus eingeliefert sein, ohne daß man weiß, ob der Tod mit der Demonstration zusammenhängt. Seitens der Polizei ist eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden. Der Installateur Pusch ist verhaftet worden.

Räumlich und zeitlich in keinem Zusammenhang mit diesen Vorgängen steht die Erschießung eines Schutzpolizisten gestern abend um 9 Uhr in der Neuen Königstraße. Der Polizeioberwachtmeister Borchen, der dort Dienst hatte, wurde plötzlich ohne Veranlassung von einem 18jährigen Burschen durch einen Revolver erschossen. Dem Täter gelang es zu entkommen.

Der reaktionäre „Total-Anzeiger“ bringt diese Vorgänge in großer Aufmachung. Aus dem Scheinbar objektiv gehaltenen Bericht ist die unverhohlene Freude der Reaktion an diesen Vorgängen deutlich hindurchzufühlen. Wir können in diesem Augenblick die Einzelheiten nicht nachkontrollieren. Aber das eine ist jetzt schon klar. Die Arbeiterschaft hat an diesen Dingen nicht das geringste Interesse. Die „rote Fahne“ mag vielleicht für ihre beamtete und billige Agitation wieder neuen Stoff erhalten. Die Arbeiterbewegung hat kein Interesse daran, daß zwischen ihr und der Sicherheitspolizei durch solche Vorgänge immer wieder ein Akt aufgesetzt wird. Wir erwarten dringend, daß die Schutzpolizei und der Polizeipräsident alles tun, was in ihrer Macht steht, um solche Vorfälle zu verhindern und daß der Gebrauch der Schusswaffe, die allzu oft viel zu locker sitzt und abschießen hat, auf den alleräußersten Fall der wirklichen Notwehr beschränkt wird. Die Arbeiterschaft hat bisher und wird auch in Zukunft ihren Stolz darin setzen, daß ihre Demonstrationen ohne Zwischenfälle verlaufen sind und wird es auch weiterhin, ihre demonstrierenden Massen so zu beeinflussen, daß ihr Auftreten nicht eine direkte Unterdrückung der Reaktion zur Folge hat.

## Deutsche Sorgen

In Deutschland gibt es immer noch nichtamtliche und amtliche Stellen, die für all das Elend, in dem wir uns befinden, keinerlei Sinn haben, um so größere Aufmerksamkeit aber Väterlichkeit schenken, wie die folgende Nachricht in Nr. 32 der „Deutschen Postzeitung“, des Organs des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten, beweist:

Mittlere Postbeamte in öffentlichen Ehrenämtern. Ober-Postsekretär Ludwig Winters in Gummeröbich hat den Charakter als Oberleutnant d. R. a. D. und die Erlaubnis zum Tragen der Uniform erhalten.

Wozu brauchen wir neue Reserveoffiziere, da wir doch mehr als hinreichend verabschiedete Offiziere haben? Im übrigen: die Sorgen dieser Stellen, die heute noch den Charakter von Oberleutnants der Reserve verleiht, wünschen wir allen Proletariern. Dann hätten sie nicht um das liebe Brot zu bangen.

## Mecklenburgisches

Im Lande des Löwenkopfes geschieden heid die absonderlichsten Dinge. Dort kränkte man sich am längsten und am erfolgreichsten gegen jede Volksvertretung, dort herrschte der Junker absolut. Auch mit dem 9. November 1918 haben die Verhältnisse nur rein äußerlich eine Veränderung erfahren, denn trotz Republik und trotz einer republikanischen Regierung sind die tatsächlichen Herrscher heute noch die Junker und die intrigante Adelsclique. Darüber weiß „Obotrit“ in der „Welt am Montag“ recht Interessantes mitzuteilen sowohl aus der Zeit des Kaiserreiches, als auch aus der Zeit des Rathenau-Mordes, wie er weiter zu melden weiß, daß jeder Republikaner in Mecklenburg den gewissenlosesten Verleumdungen und Verfolgungen ausgesetzt ist. Bekannt ist ja die kürzliche Hausdurchsuchung nach Waffen bei dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stellung auf Geheiß des Schweriner Polizeipräsidenten v. Ragmer. Waffen wurden nicht gefunden, Herr v. Ragmer glaubte auch gar nicht, daß solche verstreut seien. Aber bestännt ist, daß dieser v. Ragmer heute noch seinen Dienst verübt.

Auf Grund dieser Verhältnisse kommt „Obotrit“ zu dem Schluss:

Die Rolle Mecklenburgs in der Geschichte der Republik ist ein erbärmlicher Abschnitt. Diesen Abschnitt muß man kennen, um zu wissen, wie auf der Suche nach den Rathenau-Mördern auch Spuren nach dort führen müßten, und daß da manches „nicht gekloppt“ hat. Da man es aber wohl nicht über sich bringt, den monarchistischen Anglisten der Behörden einmal gründlich zu säubern, so werden noch oft Spuren nach Mecklenburg führen, ohne daß man die eigentlichen Künftler faßt. Denn diese sitzen auch dort „in der Stappe“. Wenn die Regierung diese Reinigung nicht energisch vornimmt, versichert sie sich nicht nur endlich das Vertrauen ihrer heute noch stark vertretenen Anhänger, sondern sie gräbt sich auch selbst das Grab.

„Denk' ich an Mecklenburg zur Nacht, dann hat's mich um den Schlaf gebracht...“

## Entwicklung des Arbeitsmarkts

Nach den nunmehr für Ende Juli vorliegenden Ziffern hat auch in diesem Monat die Zahl der Erwerbslosen im Reichsbereich weiter abgenommen, und zwar die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsbekämpften auf 10.800, die der weiblichen auf 4.500, die Gesamtzahl auf 15.300 (gegenüber 17.700 Ende Juni 1922). Auch die Zahl der Aufschlagempfindlicher (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen der Erwerbslosen) ist noch weiter gesunken. Wenn auch, wie ausdrücklich hervorzuheben werden muß, nur ein Teil der Erwerbslosen auf Grund der geltenden Bestimmungen Unterstützung bezieht, so kann aus den angegebenen Ziffern doch entnommen werden, daß die Erwerbslosigkeit zurzeit doch außerordentlich gering ist. Die tieferen Ursachen dieses Zustandes sind freilich äußerst unerfreulich. Sie liegen in den unangenehmen wirtschaftlichen Verhältnissen. Mehr denn je müssen Arbeitskräfte eingesetzt werden, um Hilfs- und Ersatzstoffe zu gewinnen, die der deutschen Wirtschaft entweder infolge der Reparationen dauernd entzogen werden (Kohle!), oder die sie mit unverhältnismäßigem Arbeitsaufwand im Inlande gewinnen muß, weil der verhältnismäßig billige Ausland den an sich wirtschaftlicheren Bezug aus dem Ausland nicht mehr schafft.

## Baltische Barone

### Die Brillantkäufe der Familie Lüdinghausen-Wolff.

Die Schwindelstelen der angeblich aus dem Baltikum stammenden Adelsfamilie von Lüdinghausen-Wolff, fanden vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg ihr Nachspiel. Auf der Anklagebank sitzt der 17jährige Alexander von Lüdinghausen-Wolff und seine nur wenige Jahre ältere Schwester Vera von Tschentz geborene von Lüdinghausen, die sich beide des Betruges in zwei Fällen zu verantworten haben. Einmal Tages Klingette von Lüdinghausen den Kaufmann Erich Grünberg an und teilte ihm mit, daß seine Schwester, die Mitangeklagte v. Tschentz aus Russland zurückgekehrt sei und die Absicht habe, hier in Berlin für einige Millionen Mark Brillanten zu kaufen. Grünberg veranlaßte einen Geschäftsfreund, den Kaufmann Sachheim, mit einer Kollektion der gewünschten Schmuckstücke in die Wohnung von Lüdinghausen zu gehen, die fürtllich eingerichtet, von Lüdinghausen jedoch nur gemietet war. Um die Verkäufer sicher zu machen, erzählte Lüdinghausen ihnen, die Familie besäße vier Kraftwagen, ebenso sei die gesamte Wohnungseinrichtung ihr Eigentum. Von der vorgelegten Kollektion wählte er sich vier große Brillanten aus, die damals bereits einen Wert von 2,4 Millionen Mark repräsentierten. Die Steine wurden genau beschlagnahmt, mit der Lupe untersucht. Schließlich nahm die Schwester Lüdinghausens die Steine an sich, um sie angeblich der Mutter zu zeigen, die sich im Nebenstimmer befand. Diese Unternehmung dauerte den Käufern zu lange, sie drängten auf einen Entschluß, wurden jedoch von Lüdinghausen zurückgehalten, der ihnen sagte, daß nunmehr das Geld abgezählt werden müsse. Auch hiermit hatte er keinen Erfolg und als die Käufer energisch wurden, schloßen sich die drei Personen, Lüdinghausen, Schwester und Mutter, in der Küche ein und konnten erst nach längerem Verhandeln damit bezogen werden, die Steine wieder herauszugeben. Am einem der nächsten Tage suchte Lüdinghausen das Juweliergeschäft von Rausener in der Friedrichstraße auf, dessen Inhaber er mit einer Musterkollektion großer Steine in die Wohnung bestellte. Hier wurden am nächsten Tage Steine im Gesamtgewicht von 22 Karat und im Werte von rund 4 Millionen Mark ausgeliefert, selbstverständlich wieder nach genauer Untersuchung. Diesmal erkannte sich Lüdinghausen selbst, die die Steine der Mutter zu zeigen, während sich die Schwester ans Klavier setzte und zunächst etwas spielte. Nach einiger Zeit verschwand auch Frau v. Tschentz und die Wohnung stand leer. Die sofort auf Veranlassung des Geschädigten eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß sich Lüdinghausen sofort in den Tiergarten begab und die Steine dort vergraben hatte.

In der Verhandlung bestritten beide Angeklagten sich schuldig gemacht haben. Insbesondere verweigerte die Angeklagte v. Tschentz alle Schuld auf ihren Bruder abzuwälzen, den sie als geisteskrank bezeichnete. Der Sachverständige, San.-Rat, Dr. Lehnen ist auf Grund längerer Beobachtungen des von Lüdinghausen zu dem Gutachten gekommen, daß bei von Lüdinghausen Schwachsinn vorliegt, der ihn unter den Schutz des § 51 stellt. In der Familie sind wiederholt Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen. Der Vater der beiden Angeklagten ist in frühen Jahren an Arterienverkalkung gestorben. Der Angeklagte selbst erlitt als Kind eine Gehirnverletzung, deren Folgen im Zusammenhang mit einer schweren erblichen Vererbung seinen Schwachsinn hervorgerufen haben. Charakteristisch für den Angeklagten ist die Heuchelei, die er dem Polizeibeamten gegenüber tat, als sie ihn nach dem Versteck der Brillanten fragten. Der Angeklagte sagte damals: „Geben Sie mir eine Zigarette, dann zeige ich Ihnen das Versteck.“ Auf Grund des Sachverständigengutachtens hielt der Staatsanwalt einen Freispruch des Angeklagten von Lüdinghausen für geboten. Gegen Frau v. Tschentz beantragte er mit Rücksicht auf den außerordentlich hohen Wert der Brillanten zu 3½ Jahren Gefängnis. Das Gericht sprach von Lüdinghausen frei und hob den Haftbefehl gegen ihn auf. Die v. Tschentz wurde zu 3½ Jahren Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

## Nicht abgenommene Kohlen

Die gewaltige Preiserhöhung für Hausbrand von 106,10 M. auf 250,80 M. pro Zentner, also um rund 150 Prozent, wird, wie man allenthalben klagen hört, zur Folge haben, daß zahlreiche Verbrauchereigenschaft die ihnen zustehende Preismenge nicht mehr abnehmen können. Vereinzelt war das schon bei dem Sondermarktpreis der Fall. Es müssen daher Vorkehrungen getroffen werden, daß die zurückgewiesenen Mengen nicht in die Hände von zahlungskräftigen Dritten gelangen, also verschoben werden. Was vom Verbraucher nicht abgenommen wird, muß den Gemeinden anvertraut werden. Einen Teil der Kosten auf die Gemeinde zu übertragen, wird bei der verarmten ungünstigen Lage

der städtischen Finanzen selber kaum möglich sein. Für Dossalieferungen der Gemeinde aus eigener Kraft ist in mehreren Verwaltungsbezirken beschlossen worden, Teilkablen zu zu ermäßigten Kohlenhöfen lassen sich auf Teilkablen und Teilkablen nur selten ein.

**Ausstellung-Ausstellung in Trestow.** Die Deputation für Kunst und Bildwesen beim Bezirksamt Trestow beschließt am 17. September bis 30. September 1922 eine Ausstellung-Ausstellung im Bezirksverordnetenversammlungssaal des Trestower Rathauses zu veranstalten. Es werden Reproduktionen der Reichsdruckerei (ca. 250 Stück) zur Ausstellung kommen. Der Bund für Schulkunstausstellungen wird etwa 50 Bilder der namhaften Künstler anstellen, darunter Bilder von Prof. Kampf, Ludwig Kandel und Leberer. Auch werden plastische Darstellungen vertreten sein. Die Vorkommnisse hat sich bereit erklärt, besondere Stücke zu dieser Ausstellung zur Verfügung zu stellen, desgleichen die Firma Rosenthal und andere. Eine kleine Reihe Größtmanuskripte durch das Bezirksamt, Geisena, Vortrag durch einen beteiligten Künstler wird die Ausstellung eröffnen.

Die Tagungsordnung der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist so reichhaltig, daß sie kaum an einem Abend erledigt werden kann. Diese Sitzung findet am Donnerstag halt und wird pünktlich um 5 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorträge über die Einführung einer Pferdesteuer, über Änderung der Vermögenssteuer, über die Erhöhung der Marktgeldgebühren, über die Änderung der Wirtschaftsform der Stadtkäuter, über An- und Verkauf von Grundstücken, sowie zahlreiche Anträge der Fraktionen, die noch durch einige neue in Aussicht gestellte vermehrt werden dürften. Da es sich allein um ein halbes Dutzend Dringlichkeitsanträge handelt, ist mit einer „Dauerstunde“ zu rechnen.

## Gewerkschaftliches

### Unternehmerwille

Nachfolgend geben wir einer Zuschrift des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Raum, aus der hervorgeht, daß die Unternehmer, ganz besonders aber die führenden Kreise der Berliner Metallindustrie mit den brutalen Mitteln der klaren Bestimmungen des Betriebsrätsgesetzes Gewalt anwandeln. Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach an Hand von Beispielen den Beweis erbracht, daß gerade die Berliner Metallindustriellen Entschuldigungen der gesetzlichen Dränge völlig ignorieren. Sie haben dabei weder moralische Hemmungen, noch kommt es ihnen darauf an, Tausende und aber Tausende für entsetzliche Verletzungen hinauszuwerfen. Es genügt diesen Herrschaften, den Arbeitern, aber auch dem Volksgesamtheit, zu beweisen, daß sie es nicht nötig haben, gesetzliche Bestimmungen einzuhalten. Die Zuschrift lautet:

„Dem größten Teil der Berliner Arbeiterschaft wird nach das rasche Verhalten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken vor dem Ausbruch in Erinnerung sein. Jedem Arbeiter, der sich während des Krieges nicht hinsichtlich der Maßnahmen der Firma löste, drohte der Schicksalstrahl. Das trat namentlich in Erscheinung, wenn sich ein Arbeiter gegen die Verteilung nationalisierter Anlagen und Anträge wandte. Ganz besonders hatte es auch die Firma auf die Gewerkschaftsaktion abgesehen. Aber gleichwohl wurde der Name der Firma des öfteren erwähnt und zwar infolge der enormen Gewinne während des Krieges.“

Wenn nun die Arbeiterschaft glaubt, daß sich nach der Revolution bei dieser Firma grundlegend etwas geändert hat, so irrt sie. Nur in den ersten Wochen nach dem 9. November, als die Herren der Direktion unter Führung einer roten Fahne in ihrem Auto zum Betrieb kamen, waren sie geneigt, mit der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung loyal zu verfahren. Nachdem nun aber der Novembersturm vorüber war, besannen sich die Herren auf ihre Vergangenheit. Die von der Arbeiterschaft ernannten Vertreter flohen auf das Bildhauer. Dabei blieb es auch als das Betriebsrätsgesetz in Kraft getreten war. Denn trotzdem es zum Schluß der Arbeit mehrere Bestimmungen vorfiel, richtete sich die Direktion nicht nach. Sie erlitt damit sogar vor dem Schlichtungsausschuß Schiffbruch, als sie zwei Angeestellten mit einer Fristlos entließ.

Ein Strafantrag seitens des Betriebsrats auf Grund des § 50 des Betriebsrätsgesetzes hatte für die Firma keine nachteiligen Folgen; da die Berufungsbahnung aus dem Grunde die Firma freisprach, weil für das „Verhalten“ einer strafbaren Handlung gefehlt habe und sie von ihrem juristischen Beirat falllos unterrichtet worden war.

Der Verbrauch juristischer Beiräte ist bei dieser Firma enorm. Nachdem nun das Urteil über die Entlassung von Betriebsratsmitgliedern in den Ausschlußrat in Kraft trat, war die Firma um so mehr bemüht, da sie anscheinend niemand in die internen Angelegenheiten der Fabrik hineinzulassen wollte, unter allen Umständen unbenannte Betriebsratsmitglieder zu entfernen.

Schon als die Vorbereitungen für diese Wahlen getroffen wurden, lenkte der offene Kampf ein. Zunächst wurde durch den Betriebsratmann der Hauptverwaltung, der nur 16 obere Beamte vertritt, versucht, die Wahlleitung an sich zu reißen. Als die Betriebsräte der Arbeiterschaft dieses ablehnten, erhob dieser obere Beamtenvertreter Beschwerde beim Arbeitsministerium und dem zuständigen Reichswirtschaftsrat. Als nun trotzdem die Wahl vollzogen war, wurde unter nichtigen Vorwänden der gewählte Vertreter entlassen. Einmal Wochen später, unter gleichen in demselben Gründen, auch der Vertreter der Arbeiterschaft. Am 14. Tage der Entlassung, so daß nunmehr, wo der Ausschlußrat bald zusammenzutreten mußte, außer dem Ersatzmann, der in Karlsruhe gewählt wurde, die Firma es fertig brachte, sämtliche gewählte Betriebsratsmitglieder im Ausschlußrat zu beiseite zu räumen.

## Schiedspruch im Bäckergerber

Auf Antrag des Zentralverbandes der Bäcker fand am 1. September vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin eine Sitzung statt, in der über die Löhne der in den Bäckereien Beschäftigten verhandelt wurde.

Der Vorsitzende des Verbandes Schumann erklärte, daß das Angebot der Arbeitgeber, den Wochenlohn um 300 M. zu erhöhen, weit für die Arbeitnehmer völlig ungenügend, abgelehnt werden mußte.

Der Sprecher der Arbeitgeber erklärte, die Unternehmer müßten auch heute noch bei ihrem Angebot bleiben, dabei aber gleich noch die Forderung stellen, daß der Sach für Kost und Logis von 700 auf 1000 M. erhöht werde und die Stafel zwischen den Höchst- und Mindestlöhnen sich von 120 M. auf 160 M. erhöhe.

Von Arbeitnehmerseite wurde darauf hingewiesen, daß dieses Angebot völlig inkompatibel sei, da die Arbeitgeber eine Lohnzulage von 15 Prozent anbieten, für sich

